

## **Gewalt**

### Diesseits oder jenseits der Grenze des Demokratischen?

Die Frage nach der Notwendigkeit und Nützlichkeit von gewalttätigem Widerstand gegen antidemokratische Kräfte gewinnt durch das Erstarken des Rechtspopulismus in westlichen Demokratien neue Aktualität und Dringlichkeit. Gewalt ist deshalb so problematisch, weil sie jenseits der Grenze regulärer demokratischer Aushandlung liegt. Aus der Perspektive mancher Aktivist\_innen ist die temporäre Überschreitung dieser Grenze hin zur antidemokratischen Gewalt jedoch nötig, um die Demokratie aufrechtzuerhalten. Der folgende Call lädt ein, die Gewaltfrage insbesondere in zwei Hinsichten zu untersuchen.

*Erstens* wird die Legitimität und strategische Angemessenheit von Gewalt innerhalb der Linken diskutiert. Hier kann gefragt werden, welche Positionen zur Gewalt und zivilem Ungehorsam wie begründet werden, beispielsweise im Rahmen einer Differenzierung von Gewalt gegen Sachen oder Personen, oder gegen staatliche und nicht-staatliche Organisationen bzw. Akteure, und in welchem Verhältnis sie zu juristischen und demokratietheoretischen Debatten um ein Widerstandsrecht stehen. In Bezug auf die Strategiediskussion könnte beispielsweise die Rolle der Antifa in der Geschichte der Nachwendezeit und Gegenwart untersucht werden. Es bieten sich auch Kontrastierungen mit den USA an, wo die Antifa nach der Trump-Wahl erstarkt ist, beispielsweise in Hinblick auf die stärkere Verbreitung von Schusswaffen in der amerikanischen Gesellschaft. Des Weiteren können zeitgenössische Konstellationen der Gewalt, wie beispielsweise der G20-Gipfel in Hamburg und dessen mediale und juristische Verarbeitung, analysiert werden. Aus juristischer Perspektive kann gewaltbezogene Rechtsprechung analysiert werden und nach Argumentationslinien zur effizienten Verteidigung von Demonstrant\_innen und zu Klagen bei Polizeigewalt gefragt werden.

*Zweitens* wird Gewalt breiter als ein Ausschluss von Diskursen verstanden und einer Strukturierung der Öffentlichkeit verstanden. Einerseits werden Ausschlüsse des politischen Gegners von Diskussionsveranstaltungen oder aus Räumen als Gewalt kritisiert. Viele linke Kritiker\_innen sehen den Aufstieg von rechten Parteien auch darin begründet, dass ihnen die Medien eine Bühne geben, wodurch sich der politische Diskurs insgesamt nach rechts verschiebt, weshalb sie ausgeschlossen werden sollten. Andere argumentieren, dass nur ein nach Begründungen fragender Dialog mit Rechten dabei hilft, sie in Schach zu halten, unter anderem weil Rechte ihren Ausschluss nutzen, um sich als Opfer der Gewalt der Mehrheitsmeinung darzustellen. Einreichungen können diese Diskussionen analysieren oder selbst Stellung beziehen.

Andererseits wird von Gewalt auch im Falle politischer Regulierungen des Sagbaren gesprochen („Sprechverbote“, „political correctness“), die das Sprechen in (linken) Räumen regulieren. Die Diskussionen um soziale Positionen und deren Bedeutung für politische Debatten haben sich in letzter Zeit verschärft. Im Zentrum steht dabei die Frage, ob und wie auf die Gewalt von Privilegienstrukturen reagiert werden kann, indem nicht-privilegierten sozialen Positionen mehr Diskursmacht eingeräumt wird als privilegierten. Diese Debatten können historisch, systematisch und politisch analysiert werden oder es kann Stellung bezogen werden.

Für die kommende Ausgabe der Zeitschrift diskurs werden Beiträge erbeten, die sich theoretisch und/oder empirisch mit diesen beiden oder damit verwandten Themenbereichen beschäftigen.

Die im Peer-Review-Verfahren begutachtete Open-Access-Zeitschrift diskurs zielt aus sozialwissenschaftlicher Perspektive auf eine enge Verknüpfung von innovativer Theorie und Empirie: Artikel mit theoretischen Reflexionen werden optimalerweise durch enge Bezüge zur gesellschaftlichen Praxis begleitet. Neben klassischen Artikeln akzeptieren wir auch Einreichungen von Literaturberichten, (Sammel-)Rezensionen und themenspezifischen Einführungen.

Beiträge können ab sofort bis zum 28. Februar 2019 eingereicht werden. Bitte senden Sie Ihren Beitrag an [redaktion@diskurs-zeitschrift.de](mailto:redaktion@diskurs-zeitschrift.de). Sie erhalten nach spätestens sechs Wochen eine erste Rückmeldung. Alle Einreichungen durchlaufen ein sorgfältiges Verfahren redaktioneller und externer Begutachtung. Angenommene Beiträge erscheinen nach dem Online-First-Prinzip schon vor dem Ende der Frist auf [www.diskurs-zeitschrift.de](http://www.diskurs-zeitschrift.de). Einreichungen sollten maximal 6.000 Wörter/50.000 Zeichen lang sein. Weitere Hinweise zur Formatierung finden Sie auf [http://www.diskurs-zeitschrift.de/wp-content/uploads/2012/11/121106\\_Formatierung\\_GER.pdf](http://www.diskurs-zeitschrift.de/wp-content/uploads/2012/11/121106_Formatierung_GER.pdf).